

ein in den weiteren Verlauf der Anhörung. Ich begrüße ganz besonders Frau Professor Ursula A.J. Becher, Frau Ilse Spittmann-Rühle und Herrn Direktor Dr. Peter Busse. Da ich nur eine formale Funktion im Moment habe, als einziger im Raum befindlicher Abgeordneter, gebe ich jetzt gleich das Wort weiter an Herrn Fricke.

Gesprächsleiter Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke: Vielen Dank Herr Hiller. Meine Damen und Herren, nach der so fruchtbaren Diskussion heute vormittag, die eine Grundlegung war für die heutige Anhörung, werden wir uns in den folgenden zwei Stunden im Rahmen unseres Generalthemas speziellen Aspekten wechselseitiger Wahrnehmung im geteilten Deutschland zuwenden, nämlich einmal dem Bild des jeweils anderen Landesteils in den Schulbüchern, zum anderen in der veröffentlichten Meinung in den Medien. Ihre Ergänzung finden diese Aspekte dann durch Erkenntnisse der DDR-Staatssicherheit zur Wahrnehmung des Westens im Meinungsbild der Bevölkerung der DDR. Ich begrüße dazu im Podium die Historikerin Frau Professor Dr. Ursula A.J. Becher. Sie hat sich in ihrer wissenschaftlichen Arbeit ausführlich mit Theorie und Didaktik der Geschichte und mit der Problematik von Geschichtswissenschaft und öffentlichem Diskurs auseinandergesetzt, ebenso mit der Geschichte des modernen Lebensstils. Seit 1992 ist Frau Professor Becher Direktorin des renommierten Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung in Braunschweig. Dann heiße ich willkommen Frau Ilse Spittmann-Rühle, Publizistin in Köln, als Sachkennerin ausgewiesen durch ihre jahrzehntelange Tätigkeit als verantwortliche Redakteurin zunächst der Zeitschrift „SBZ-Archiv“, seit 1968 „Deutschland-Archiv“. Die Redaktion des Deutschland-Archivs hat Frau Spittmann bis Mai 1995 geleitet. Zu ihren zahlreichen Publikationen gehören zwei DDR-Lesebücher, die sie gemeinsam mit Gisela Helwig herausgegeben hat, die heute geradezu Dokumentationen für die Wahrnehmung der DDR in der alten Bundesrepublik darstellen. Drittens begrüße ich in dieser Runde Herrn Dr. Peter Busse, Direktor beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, so die umständliche Bezeichnung der im Umgangsdenglisch kurz sogenannten Gauck-Behörde. Herr Busse ist promovierter Jurist und seit 1995, seit August 1995, in seinem heutigen Amt tätig. Von ihm werden wir hören, wie das Ministerium für Staatssicherheit die Wahrnehmung des Westens im Denken und Fühlen der DDR-Bevölkerung einst eingeschätzt hat. Ich denke, ich halte mich mit keiner Vorrede auf, sondern bitte die Teilnehmer, die paar Experten hier im Podium zunächst, daß wir ihre Statements entgegennehmen, Kurzvorträge von jeweils etwa 15 Minuten Dauer, um danach den Mitgliedern der Enquete-Kommission Gelegenheit zu Meinungsäußerungen und zu Fragen zu geben. Frau Professor Becher, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Ursula A. J. Becher: Dankeschön. Ich spreche hier als Schulbuchforscherin, nicht als DDR-Forscherin, denn das bin ich nicht. Es geht um das Bild, das in den Schulbüchern der beiden, wie wir heute sagen, Landesteile vermittelt worden ist. Der Forschungsstand ist noch nicht sehr gut. 1986 hat

das Georg-Eckert-Institut eine umfangreiche Analyse über Deutschlandbild und deutsche Frage im historischen, geographischen und sozialwissenschaftlichen Unterricht in der Bundesrepublik und in der DDR von 1949 bis in die 80er Jahre veröffentlicht. Es sind auch eine ganze Reihe Aufsätze erschienen, aber wir sind heute doch geneigt, sozusagen etwas stärker in die Tiefenstruktur hineinzugehen. Heute kann ich aber bei der begrenzten Zeit nur einen Überblick geben. Bei dem Vergleich der Schulbücher in der Bundesrepublik und in der DDR ist natürlich zu beachten, daß es riesengroße Unterschiede gibt, Unterschiede einmal in der didaktischen Konzeption, einfach schon in der äußeren Gestaltung. Aber viel wichtiger ist ein anderer Unterschied. In der DDR gab es pro Fach und Jahrgang ein einziges Schulbuch mit hohem Verbindlichkeitsgrad. In der Bundesrepublik gibt es viele konkurrierende Bücher für ein gegliedertes Schulwesen, das macht den Vergleich natürlich nicht einfach. Dazu kommt noch, daß es in der Bundesrepublik, speziell in den 70er und 80er Jahren, sehr üblich war, daß Lehrer außerhalb der Schulbücher sich weitere Materialien besorgten und in den Unterricht einbrachten. Also ich kann hier nur eine Schneise schlagen.

Ich beginne mit „Die Bundesrepublik in den Schulbüchern der DDR-Geschichte“. Ich muß vorausschicken, ich habe Schulbücher untersucht und Lehrpläne in der DDR für Geschichte und Staatsbürgerkunde, in der Bundesrepublik für Geschichte und politische Bildung, weil das wohl die Fächer sind, die hier für uns am interessantesten sind. Wenn ich das Bild der Bundesrepublik in den Geschichtsschulbüchern der DDR betrachte, so muß ich feststellen: Einmal nimmt die Bundesrepublik einen sehr geringen Raum ein, und die Perspektive, in der sie erscheint, ist die des Klassenkampfes, in dem die sozialistische DDR einer kapitalistischen, dem Imperialismus zugehörigen Bundesrepublik gegenübersteht. Diese Interpretationslinie entspricht der in der Geschichtswissenschaft der DDR vorherrschenden Formationstheorie, die man eigentlich als eine geschichtstheoretische Setzung ansehen muß, nach der sich die DDR nach ihrem Bruch mit dem Reaktionären auf der Stufe des Sozialismus, die Bundesrepublik jedoch auf jener des Kapitalismus befand. Nun hat es freilich in der Geschichtswissenschaft der DDR durchaus eine Entwicklung gegeben. Nach dieser Zweilinientheorie, von der ich gerade sprach, aus dem dieses Klassenkampfmuster zur Interpretation der Geschichte entstand, hat es in den 80er Jahren mit der Erbe- und Traditionsdebatte eine Konzeption gegeben, in der durchaus eine größere Thematik für die Geschichtswissenschaft möglich war. Aber diese Entwicklungstendenzen haben sich im Bildungsbereich überhaupt nicht ausgewirkt. Das Lehrbuch der Klasse 10, um das es hier vornehmlich geht, das die Zweistaatlichkeit zum Thema hat, ist auch anders als andere Lehrbücher nicht von irgendwelchen Gremien von Historikern verfaßt worden, sondern an der Parteihochschule, und das zeigt natürlich, daß politisch-ideologische Zielsetzungen eine große Rolle spielten. Die Bundesrepublik erscheint als negatives Gegenbild zur DDR. Sie hat keine eigene Bedeutung, und so bleibt auch das reale Leben in der Bundesrepublik ausgespart. Wenn ich diesen Befund jetzt noch mit etwas Leben füllen soll – meiner Un-

tersuchung liegen die Lehrpläne für die Polytechnische Oberschule von 1977 und 1988 und die Geschichtsbücher der Klassen 10 von 1983 und 1988 zugrunde –, dann zeigt sich, daß die Darstellung der Bundesrepublik, thesenhaft habe ich es schon gesagt, sehr stark holzschnittartig angelegt ist. Und gerade diesem Interpretationsmuster des Klassenkampfes entspricht auch die Themenauswahl. Solche Themen werden vorrangig aufgenommen, in denen die Konfrontation beider Systeme im Vordergrund steht. Es handelt sich um die Spaltung Deutschlands, den NATO-Beitritt, den Mauerbau. Und immer ist es eine Gegenfolie. Dazu zwei Zitate. Im Lehrplan von 1977 wird als Erkenntnis formuliert: „Die imperialistischen Kräfte in der Bundesrepublik entfachten eine zügellose Hetze und Verleumdung gegen die DDR. Sie versuchten, mit Mitteln der Sabotage, mit ökonomischem Druck und anderen Störversuchen die sozialistische Entwicklung zu beseitigen und ihre revanchistischen Ziele zu verwirklichen. Die Politik der SED und der Regierung der DDR richtete sich nunmehr darauf, in den Beziehungen zur BRD die Prinzipien der friedlichen Koexistenz durchzusetzen.“ In dieser Sichtweise werden dann auch andere Themen behandelt, etwa die Wirtschaft der Bundesrepublik, wie: „Die Bundesregierung war ausschließlich darauf bedacht, die Macht des deutschen Imperialismus zu restaurieren, eine demokratische Entwicklung in der BRD zu verhindern, und sie beschleunigte deshalb mit Unterstützung der imperialistischen Westmächte die Vorbereitung für eine Remilitarisierung.“ Das findet sich in dem Geschichtsbuch 1983, und dieses Bild bleibt den ganzen Zeitraum über vorherrschend. Etwa im Lehrbuch der Klasse 10 von 1988 hat zwar der Umfang der Darstellung der Bundesrepublik zugenommen, es wird etwa der NATO-Beitritt in aller Ausführlichkeit geschildert, aber um zum Schluß eine letzte Legitimation für die Spaltung in zwei deutsche Staaten zu finden: „Die Eingliederung der BRD in die NATO versperrte, wie in der Folge immer sichtbarer wurde, endgültig den vorher noch möglichen Weg zu einem friedliebenden demokratischen Deutschland, für das die SED und die Bürger der DDR alle ihre Kräfte eingesetzt hatten.“ Da die Lehrbücher verbindlich auf der inhaltlichen Grundlage der Lehrpläne zu verfassen waren, zeigt sich also auch hier, auch 1988 noch, durchgängig das Bild von der negativen Gegenfolie zur DDR. Keine Darstellung der schlechten BRD ohne Gegenüberstellung der guten DDR. So heißt es z. B. hinsichtlich der Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO: „Endgültig hatten sich auf deutschem Boden zwei in ihrer Gesellschaft und Staatsordnung völlig gegensätzliche Staaten herausgebildet, die sozialistische Deutsche Demokratische Republik und die kapitalistische Bundesrepublik Deutschland. War bisher der Ruf aller fortschrittlichen Kräfte nach einen einheitlichen demokratischen und friedliebenden Deutschland realistisch und richtig, so erhielten nunmehr die revanchistischen Thesen der imperialistischen Spalter vom Offenhalten der deutschen Frage und ihre irreführende Losung von der Wiedervereinigung Deutschlands einen reaktionären konterrevolutionären Charakter.“ Das ist von 1988. Eine Alternative stellt die Darstellung der Bundesrepublik in ihrer „Einbindung in den imperialistischen Block“ dar, das ist ein Zitat, und so heißt es dann auch mit Blick auf die Nachkriegszeit: „Zu den internationalen Veränderungen zählte auch die Entwicklung der

BRD. Hier war die Restauration des Imperialismus weit vorangeschritten, die Westmächte verhinderten eine friedliche Regelung der Nachkriegsprobleme Deutschlands und waren im Verein mit dem westdeutschen Imperialismus im Begriff, die BRD fest in das imperialistische Paktsystem einzugliedern.“ Das ist die Linie, die während der ganzen Zeit nicht verlassen wird. Es gab durchaus Vorschläge, der Geschichte der Bundesrepublik mehr Aufmerksamkeit zu schenken und sie nicht allein in ihrem Verhältnis zur DDR zu betrachten. Es ist an der Technischen Universität Braunschweig vor einigen Monaten ein Promotionsverfahren abgeschlossen worden, in dem Heike Mätzing den Geschichtsunterricht der DDR nachvollzieht und eine Fülle von Quellen wiedergibt. Daraus geht hervor, daß in den Gremien selber schon Kritik geäußert worden ist, daß durchaus gesehen wurde, hier sei ein Ermüdungseffekt bei den Schülern. Müßte man nicht anders verfahren? Aber diese Diskussion wird immer abgeblockt, und von politischer Seite ist hier keine Veränderung erlaubt worden. Also es bleibt das dichotomische Grundraster einer guten DDR wider eine böse BRD offenbar für die Legitimationsbedürfnisse unverzichtbar. Wenn ich jetzt noch einen Blick auf die Staatsbürgerkunde werfe: In diesem Fach ist dieses dichotomische Modell noch weiter und gröber ausgeprägt. Zwischen der friedliebenden sozialistischen DDR und der aggressiven imperialistischen Bundesrepublik gibt es keine Vereinbarkeit. Ich will jetzt nicht im einzelnen auf das Fach Staatsbürgerkunde eingehen. Es wurde seit 1963 systematisch aufgebaut, hier wurde das Thema, das uns hier interessiert, in der siebten und neunten Klasse behandelt. In diesem Fach werden die deutsche Frage und die Bundesrepublik stellvertretend für alle imperialistischen Staaten dargestellt, und zwar als negative Antithese zur sozialistischen DDR. Diese ideologische Grundlage bleibt in den 80er Jahren erhalten, es zeigt sich eine ideologische Abgrenzung. In den Lehrplänen von 1984/85 wird in drei Unterrichtseinheiten wiederum auf die Unvereinbarkeit von Sozialismus und Imperialismus, die in den grundsätzlich unterschiedlichen Macht- und Eigentumsverhältnissen gründet, hingewiesen, die Aggressivität des Imperialismus in der BRD beschworen, die die sozialistische Ordnung in der DDR rückgängig machen wolle, und der Nachweis gefordert, daß die SED eine Politik der Stärkung des Sozialismus und des Friedens betreibe. In der Staatsbürgerkunde wurde nicht allein auf kognitive Lernziele Wert gelegt, es ging nicht allein darum, ganz bestimmte Erkenntnisse zu gewinnen, sondern hier sollten auch die affektiven Identifikationen der Schüler erreicht werden, eine bestimmte Haltung sollte sich ausprägen. So heißt es: „Der Unterricht in Staatsbürgerkunde soll dazu beitragen, daß die unversöhnliche Haltung der Schüler gegenüber dem Imperialismus, insbesondere gegenüber dem BRD-Imperialismus weiter ausgeprägt wird“, und als Lernziel gilt, Abscheu und Haß der Schüler gegen den Imperialismus zu vertiefen. Das entspricht der Aufgabenstellung des Faches, das einen polemischen Stil hat. Die Auseinandersetzung mit der Ideologie und der Politik des Klassengegners müsse, heißt es, offensiv und parteilich geführt werden. Das ist das Bild, das sich bei der Durchsicht von Lehrplänen und Schulbüchern während dieses Zeitraums ergibt.

Ich werfe nun einen Blick auf das Bild, das von der DDR in den Schulbüchern der Bundesrepublik gezeichnet worden ist. Ich gehe zunächst auf die Geschichtsbücher ein. Hier habe ich vornehmlich die Sekundarstufe I betrachtet, die ja auch das Pendant zu der Klassenstufe ist, die ich in der DDR betrachtet habe. In den Geschichtsbüchern der Bundesrepublik sind im Laufe der Zeit immer dieselben wenigen Ereignisse aus der DDR-Geschichte erwähnt worden. Historische Situation 1945, Staatsgründung 1949, 17. Juni 1953, Mauerbau, das sind die Themen, die in den Geschichtsbüchern vorkommen. Die Perspektiven der Darstellung haben sich allerdings im Zeitraum geändert. In den 50er und 60er Jahren gilt das Hauptinteresse der Schulbücher der Begründung des demokratischen Systems und nicht der deutschen Frage. So bleibt die DDR ganz am Rande der Aufmerksamkeit und wird nur punktuell erwähnt. Die wenigen Informationen, die gegeben werden, werden in Werturteile gefaßt, und man merkt, es ist der Ost-West-Gegensatz, der den Blick auf die DDR bestimmt und antagonistische Bilder entstehen läßt. 1964 gibt es zwei Kapitel in einem Schulbuch. Die eine Überschrift heißt: „Die Sowjetzone als Satellit der UdSSR“ und das nächste Kapitel „Die Bundesrepublik als souveräner Staat“. Das zeigt in etwa die Blickrichtung. In den 70er und 80er Jahren ändern sich die Perspektiven der Darstellungen und die didaktische Konzeption der Schulbücher. Die Bundesrepublik wird selbstkritisch und fragt intensiver nach ihren Grundlagen und Zielen. Und die DDR wird dann in nüchterner und reflektierter Weise, allerdings auch etwas spröde, dargestellt. Veränderungen in der didaktischen Konzeption machen den Weg frei zu differenzierteren Bildern. Das Schulbuch will nicht allein einen memorierbaren Lernstoff vermitteln, sondern kontroverse Materialien bieten, mit deren Hilfe die Schüler selbständige Urteile bilden können. Freilich bleiben Darstellung und Materialien auf das Macht- und Herrschaftssystem der DDR konzentriert. Das innere Leben in der DDR ist ausgeblendet, so daß die Schüler und Schülerinnen nur die Strukturbedingungen des Lebens in der DDR, nicht das Leben selbst kennenlernen konnten. Sie erfuhren z. B., daß das Volk in der DDR unterdrückt werde, konnten aber aufgrund der Schulbuchtexte keine Vorstellung davon entwickeln, wie unter solchen Umständen gelebt und ein eigenes Selbstverständnis entwickelt werden konnte.

Jetzt werfe ich noch einen Blick auf das Bild, das in Politikbüchern vermittelt wird. Hier zeigt sich eine vergleichbare Entwicklung. Zunächst gibt es eine Phase der Nichtbeachtung, das ist die Phase, in der die wichtigeren Themen der Nationalsozialismus und die Einübung in die Demokratie sind. Dieses Thema spielt in den Politikbüchern eine große Rolle. Nach dieser Phase wird dann die DDR, vor allem nach dem Totalitarismuserlaß 1962, als die totalitäre Antithese zur freiheitlichen Bundesrepublik gesehen. In den 70er Jahren geben mehrere Schulbuchautoren das Totalitarismuskonzept auf, sie berichten sachlich und differenziert über die DDR und versuchen, Wandlungstendenzen deutlich zu machen. Die Schüler sollen also aufgrund der Materialien, die dann auch höchst kontrovers sein können, zu einem eigenen Urteil über Vorteile und

Nachteile beider Systeme kommen. Aber man bleibt bei Systemvergleichen, deren methodische Probleme auch nicht immer reflektiert werden.

Ich komme zu einer abschließenden Zusammenfassung. Wenn man die wechselseitige Wahrnehmung in den Schulbüchern vergleicht, kann man sagen, daß es sowohl in der DDR wie in der Bundesrepublik für Schüler und Schülerinnen kaum möglich war, in ihren Schulbüchern ein präzises Bild vom Leben im jeweils anderen Teil Deutschlands zu erhalten. Die in den 50er und 60er Jahren erschienenen Schulbücher vermitteln antagonistische Bilder. Der andere Teil Deutschlands ist die schlechte Antithese zum eigenen Selbstbild. In den DDR-Büchern bleibt dieses Darstellungsmuster während des ganzen Zeitraums unverändert. Die Bundesrepublik ist der aggressive, imperialistische, die sozialistische DDR bedrohende Staat. In der Bundesrepublik gibt der Ost-West-Gegensatz die Perspektive vor, die DDR ist Teil des Ostblocks, von dem Gefährdungen für den Westen ausgehen. Das ist das Bild, von dem wir ausgehen müssen. In der Bundesrepublik ändert sich, vielleicht nicht unbedingt das Bild, aber wohl der Blick in den 70er und 80er Jahren. Zwar werden in den Büchern zur Politischen Bildung Systemvergleiche weiter verwandt, die, methodisch unreflektiert, antagonistische Bilder hervorbringen können. Aber – das ist das Wichtige für die didaktische Konzeption dieser Bücher –, das Ziel der Darstellung und des Unterrichts war nicht, den Schülern ein fertiges Bild zu vermitteln. Die didaktischen Prinzipien verlangten von den Schülern und Schülerinnen eine argumentative Auseinandersetzung. In den Geschichtsbüchern wird zutreffend, nüchtern und differenziert, wenn auch nicht intensiv über die DDR berichtet, aber die Darstellung bleibt weitgehend auf das Macht- und Herrschaftssystem der DDR konzentriert. Das Leben der Menschen in der DDR wird nicht anschaulich. Ich habe freilich, ich kann ja jetzt nur Tendenzen anzeigen angesichts eines großen Schulbuchangebots, durchaus ein Politikbuch von 1986 gefunden, das genau das versucht, daß der Alltag der DDR mit allen möglichen Zeitungsausschnitten, Buchausschnitten usw. deutlich wird. Das hat es gegeben, aber auch da ist die Überschrift: „Die DDR – ein fremdes, unbekanntes Land.“ Die Frage, die sich vielleicht aufdrängt, ist die: Was haben diese Bilder vermocht, wie haben sie denn gewirkt? Das ist außerordentlich schwer zu sagen, da ist der Forschungsstand noch gering. Wir wissen sehr wenig von den Wirkungen der Bilder auf das Bewußtsein der Menschen, da müssen wir noch weiter forschen. Heute morgen haben wir schon mehreres gehört. Die Schulbücher waren ja nicht die einzige Informationsquelle, sondern es gab daneben das Fernsehen, es gab andere Bilder. Dazu kommt, die DDR-Schulbücher sind in einer so unjugendmäßigen Sprache verfaßt und stecken so voller Klischees, daß man kaum annehmen kann, daß sie die Schüler sehr überzeugt haben. Aber Genaueres wissen wir leider nicht. Dankeschön.

Gesprächsleiter Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke: Vielen Dank Frau Becher für Ihr interessantes Referat, das statt einer Viertelstunde 25 Minuten gedauert hat. Die Quintessenz Ihres Referates besteht, glaube ich, darin, daß manche Defizite in der wechselseitigen Wahrnehmung auch und gerade den Schulbüchern zu schulden sind, in der DDR absolut, in der Bundesrepublik alt zumindest re-

lativ. Ich bin gespannt, ob das in der Wirkung der Medien ähnlich ist, dazu wird uns jetzt Frau Spittmann vortragen. Bitteschön.

Ilse Spittmann-Rühle: Danke. Zu meinem Thema haben schon Frau Dr. Köhler und Herr Thomas sehr viel gesagt. Außerdem hatten Sie hier schon eine Anhörung über die Pressepolitik der DDR und Grundsätze der Pressepolitik, Zensur, Reglementierung und auch den Stasieinfluß. Das werde ich jetzt weitgehend vernachlässigen. Ich hoffe, daß es mir gelingt, Sie nicht mit Wiederholungen zu langweilen. Zu Anfang möchte ich etwas darüber sagen, wie in der DDR und in der Bundesrepublik man überhaupt an Medien der anderen Seite kommen konnte. Ganz am Anfang bis 1948 konnte man in allen vier Besatzungszonen die von den einzelnen Besatzungsmächten zensierten Zeitungen und Zeitschriften überall kaufen. Die sowjetische Militäradministration hat dann den öffentlichen Vertrieb der westlichen Presse für die Sowjetzone und Berlin im April 1948 verboten. Die DDR-Regierung hat das später übernommen. Einen öffentlichen Verkauf von westlichen Presseorganen gab es seitdem nicht mehr, bis zum Schluß. Westliche Periodika konnte man nur abonnieren, wenn sie auf einer vom Presseamt des Ministerrates zu genehmigenden Postzeitungsliste standen. Das waren nur wenige Titel, meistens Fachorgane, und jedes Abonnement mußte vom Politbüro und vom ZK-Sekretär für Agitation und Propaganda genehmigt werden. Das galt selbst für Minister, Staatssekretäre, Blockparteien, prominente Politiker und Schriftsteller. Gunter Holzweißig gibt darüber in seinem Buch über die Pressepolitik der DDR eine ganze Reihe von Beispielen aus den Akten, die zum Teil sehr erstaunlich sind. Zum Beispiel enthält die Liste der Empfänger des „Spiegel“ von 1975 62 Institutionen und 10 Einzelpersonen, wobei die Einzelpersonen ganz offensichtlich durch irgendwelche Beziehungen dazu gekommen sind, da ist überhaupt kein System zu entdecken. Da sind also z. B. die Anneli Thorndike, Anna Seghers, Hermann Kant, der mußte es aber bezahlen. Die meisten Institutionen haben 1 Exemplar bekommen, z. B. auch das Presseamt und der Journalistenverband, das ZK der SED erhielt 32, der Zeitungsausschnittdienst 24 und das Ministerium für Nationale Verteidigung 10 Exemplare. Ansonsten waren es immer maximal 2 Exemplare, und das waren alles staatlich bezahlte Abonnements bis auf zwei – ich weiß jetzt den Zweiten nicht, Hermann Kant und noch jemand, die haben es bezahlt aus eigenen Devisenerlösen, der andere muß auch ein Schriftsteller gewesen sein. Bis zur Mauer konnte man westliche Druckerzeugnisse als Ostberliner und DDR-Bürger in Westberlin einkaufen, aber man mußte aufpassen, daß sie nicht entdeckt wurden, dann wurden sie beschlagnahmt. Ab 1977 wurde dann im Zuge der Verwirklichung der KSZE-Schlußakte und nach dem Beispiel anderer Ostblockländer ein begrenzter Verkauf von ausländischen Zeitungen und Zeitschriften in Devisenhotels der DDR, aber nur an Hotelgäste und gegen Devisen, zugelassen. Aus der Bundesrepublik waren das die Süddeutsche Zeitung, die FAZ, die Frankfurter Rundschau und der Tagesspiegel. Dann gab es außerdem noch illegale Bezugsmöglichkeiten für DDR-Bürger, die Hotelgäste kannten, Journalisten, Diplomaten.

Der Empfang von Westsendern war seit der Gründung der DDR strafbar. Das Weitergeben von Informationen aus westlichen Stationen wurde als Boykotthetze, Staatsverleumdung, staatsfeindliche Hetze und ähnliches bestraft. Gemeinschaftsempfang z. B. in Gaststätten war nach den gleichen Kriterien strafbar. Privater Empfang war aber schwer nachzuweisen, deshalb versuchte die SED ihn über auf Ostsender eingestellte Gemeinschaftsantennen einzudämmen. Nach dem Bau der Mauer gab es eine Zeit, wo die FDJ mit organisierten Rollkommandos nach Westen gerichtete Antennen von den Dächern riß, die sogenannten Ochsenkopfantennen, benannt nach dem westlichen Sender. Das alles hat nichts genutzt, die ganze Republik sah trotzdem Westfernsehen, und 1973, nach dem Grundlagenvertrag, paßte sich die SED-Führung dann der Realität an. Honecker hat in einer Rede auf einer ZK-Tagung im Mai 1973 so nebenbei gesagt: „Die westlichen Massenmedien, vor allem der Rundfunk und das Fernsehen der Bundesrepublik Deutschland, die ja bei uns jeder nach Belieben ein- oder ausschalten kann...“ Das war das Signal, der Empfang war zwar immer noch verboten, aber er wurde nicht mehr bestraft.

Im Westen hat es, das hat man bei uns weitgehend vergessen, glaube ich, lange Zeit auch Beschränkungen, sogar ein Verbot der Ostpresse gegeben. Als Antwort auf das Verbot des freien Vertriebs im Osten hat 1948 der westliche Zeitungshandel einen Boykott der Ostzeitungen veranstaltet. Es wurde nur noch ein ganz geringes Kontingent für Regierungsstellen und bestimmte Institutionen bezogen. Die Staatsschutzgesetzgebung der Bundesrepublik hat dann den Bezug genehmigungspflichtig gemacht. Einzelpersonen mußten nachweisen, daß sie das nur zu beruflichen und nicht subversiven Zwecken brauchten. Ich selbst habe für unsere Mitarbeiter, unsere Autoren, eine Menge solcher Bescheinigungen, also Unbedenklichkeitsbescheinigungen ausgestellt, mit denen sie dann die Genehmigung bekommen haben. 1964 in einer Zeit der Lockerung in der DDR, auf die ich noch komme, haben sich dann die Bestimmungen gelockert. 1968 gab die große Koalition in Bonn den Bezug von Ostzeitungen befristet frei, und im April 1971 sind die Beschränkungen restlos gefallen. Daraufhin gab es zunächst einmal einen gestiegenen Bedarf an Ostzeitungen beim Zeitungsvertrieb, aber die DDR hat sich geweigert, ihre Kontingente zu erhöhen. Da konnte man spekulieren, warum eigentlich. Bei elektronischen Medien gab es im Westen nie eine Einschränkung.

Die Methoden der DDR-Berichterstattung über die Bundesrepublik sind sich in 40 Jahren im Grundsatz gleich geblieben. Aufgabe der Medien allgemein war nicht die möglichst umfassende Information, sondern sozialistische Bewußtseinsbildung nach den Vorgaben der Partei. Für die Westberichterstattung bedeutete das, sie hatte ein Bild vom Westen zu liefern, das der Imperialismustheorie des Marxismus-Leninismus nicht widersprach. Danach war Imperialismus monopolistischer, parasitärer oder faulender und absterbender Kapitalismus, sein letztes Stadium. Eine negative Darstellung der Bundesrepublik war also programmiert. Alle Informationen wurden ideologisch gefiltert, was nicht ins Schema paßte, wurde ausgeschieden. Die Ostberliner Heimatredaktionen schreckten anfangs auch vor glatten Fälschungen nicht zurück, wenn

eine Information aus Bonn nicht in die Linie paßte. 1950 schied deshalb eine ganze Mannschaft mit Ausnahme des Chefs aus der Bonner ADN-Redaktion aus. Die drei Jungjournalisten, alles Westdeutsche, legten der Bundespressekonferenz ihre Originale vor und dazu die veröffentlichten Meldungen aus Berlin, um zu beweisen, daß nicht sie, sondern die Zentralredaktion die Fälschung begangen hatte, denn sie sollten deshalb von der Bundespressekonferenz ausgeschlossen werden. Bis 1987, also bis zum Honeckerbesuch in Bonn, hatten nur ADN, Neues Deutschland und das DDR-Fernsehen Korrespondenten in Bonn. Sie konnten sich völlig frei in der Bundesrepublik bewegen. Das war ein großer Vorteil gegenüber den Westmedien, die bis 1964 total aus der DDR ausgesperrt waren und erst 1973 ständige Korrespondenten nach Ostberlin schicken konnten. In den 70er Jahren, in den Jahren des Beginns der Ostpolitik, änderte sich der Ton in der DDR-Presse, er wurde sachlicher und vor allem korrekt in den Bezeichnungen. Die wirtschaftlichen Erfolge wurden zur Kenntnis genommen, allerdings entsprechend kommentiert, aber immerhin wurden sie zur Kenntnis genommen, was lange Zeit nicht der Fall gewesen war.

Die Zeit zwischen 1949 und 1989 kann man unter dem Gesichtspunkt dieses Themas hier ganz grob in zwei Phasen einteilen, die Zeit vor der Mauer und die Zeit nach der Mauer, also die Hochzeit des Kalten Krieges und die Entspannungsjahre. Das Datum 13. August 1961 ist wie die meisten historischen Zäsuren ungenau. Es kam erst noch zu einer weit gefährlicheren Zuspitzung des internationalen Ost-West-Konflikts, der Kubakrise im Oktober 1962, bevor ein deutlicher Wandel in der internationalen Politik eintrat. Die beiden Supermächte mußten einsehen, daß sie mit einer Fortsetzung der militärischen Konfrontation die andere nicht in die Knie zwingen konnten. Angesichts der Gefahr der gegenseitigen atomaren Vernichtung leiteten Kennedy und Chruschtschow den Übergang zur Systemkonkurrenz mit friedlichen Mitteln ein, die dann schließlich auch die Beziehungen der beiden deutschen Staaten veränderte. Genaugenommen war der Kalte Krieg damals zwar nicht zu Ende, aber seine heiße Phase war abgeschlossen. Aber für Deutschland erscheint mir der Mauerbau als die politisch und psychologisch plausibelste und nachhaltigste Zäsur. Hier war es die Mauer und nicht die Kubakrise, die einen Bewußtseinswandel auslöste.

Zunächst zum Kalten Krieg. Er wurde nicht nur politisch und ökonomisch geführt, sondern auch mit Mitteln der Pression, der Infiltration, Konspiration und Subversion, vor allem aber mit den Mitteln der Propaganda. Die Propaganda gewann mit zunehmender Abschottung des sowjetischen Machtbereichs eine herausragende Bedeutung und mit ihr auch die Medien als wichtigstes Transportmittel. Anfangs waren es vor allem die Printmedien und der Hörfunk. In den 60er Jahren eroberte dann allmählich das Fernsehen den ersten Platz. Der Kalte Krieg war zu großen Teilen ein Medienkrieg, man denke nur an die Rolle, die der Rundfunk bei den Aufstandsbewegungen des 17. Juni in der DDR oder auch in Ungarn 1956 spielte. Jede Seite hatte ihre fremdsprachigen Informations- und Propagandastationen. Die östlichen Regime empfanden die

westlichen Sender als so gefährlich, daß sie sich jahrzehntelang kostspielige Störsender leisteten. Das Klima des Kalten Krieges prägte auch weiter Form und Stil der journalistischen Arbeit in beiden Teilen Deutschlands, jedenfalls was Ost-West-Fragen betraf. Die Zweilagertheorie, die Andrej Schdanow bei Gründung des Kominform 1947 als neue sowjetische Doktrin verkündete, traf den Kern der aktuellen Machtsituation, nämlich zwei sich feindlich gegenüberstehende Lager, wenn man die ideologische Interpretation des Ostens hier einmal beiseite läßt. Jede Seite hatte ein fest formatiertes Feindbild, das als Folie für die Urteilsfindung diente. In der DDR-Propaganda verkörperte die Bundesrepublik die reaktionärsten deutschen Traditionen wie Militarismus, Imperialismus und Antikommunismus, sie war ein Hort alter Nazis, was u. a. mit einer jahrelangen Kampagne gegen Staatssekretär Globke untermauert wurde, der Staat der Hitlergeneräle, der Junker und Ostlandreiter. Die Adenauerregierung betrieb den nationalen Ausverkauf Deutschlands an die angloamerikanischen Monopole, die Westdeutschland wie eine Kolonie ausbeuteten und gegen das östliche Friedenslager aufrüsteten. Die westdeutsche Arbeiterklasse wurde zum nationalen Befreiungskampf aufgerufen, gegen die „Vasallenregierung in Bonn“. Ein zweiter Hauptfeind war die SPD, die in das Lager der Reaktion desertiert war und deren Überreste in der DDR als feindliche Agenten entlarvt und bestraft werden mußten. Die nach Anlaufen des Marshallplans rasch anwachsende westdeutsche Wirtschaftskraft wurde ebenso ignoriert wie der allgemein steigende Lebensstandard und die in harten Auseinandersetzungen errungenen Sozialleistungen in Westdeutschland. Aufgehellt wurde dieses Szenario dann nur von linken Querdenkern in den Gewerkschaften und der SPD, die man in der DDR nie geduldet hätte, und sogenannten fortschrittlichen nationalen Kräften aus dem Bürgertum und der Friedensbewegung, die für ein neutrales Gesamtdeutschland zwischen den Blöcken eintraten. Sie waren Beispiele für nationalen Widerstand in der Bundesrepublik.

In den Medien der Bundesrepublik andererseits war die DDR eine sowjetrussische Kolonie, von Moskau ausgeplündert und mit Gewalt in ein fremdes Unterdrückungssystem gezwungen. Stichworte wie Terror, Geheimpolizei, Spitzelsystem, Flucht in die Freiheit charakterisierten das SED-Regime. Anhalten der Mangel an Lebensmitteln und Konsumgütern, verursacht durch die überzogenen Reparationsforderungen der Sowjets und das von Moskau übernommene Zentralplansystem, bestimmten den Lebensstandard. Die Vorstellung von den armen Brüdern und Schwestern in der Zone hielt sich auch dann noch hartnäckig, als die Verhältnisse sich längst gebessert hatten.

Im Wettbewerb der Medien zog die DDR fast immer den kürzeren. Das lag nicht nur an der hölzernen Sprache, der langweiligen Aufbereitung und den Holzhammermethoden, das lag vor allem an der Unglaubwürdigkeit der DDR-Propaganda. Die gleichgeschalteten DDR-Medien vergewaltigten die nachprüfbare Realität so offensichtlich, daß Ihnen nicht einmal dann geglaubt wurde, wenn sie die Wahrheit berichteten. In den Westmedien suchte eine große Mehrheit der DDR-Bürger nicht nur vorenthaltene Information, sondern auch ihre eigene Lebenswelt, ihre Probleme und Meinungen, die von den plurali-

stisch strukturierten, interessant gemachten Westmedien zutreffender beschrieben wurden als von den eigenen Medien. Die Wirksamkeit der ideologisch überfrachteten SED-Propaganda hingegen wurde in Bonn überschätzt. Die Erfahrungen von Millionen Heimatvertriebenen und DDR-Flüchtlings mit dem Kommunismus wirkten nachhaltig immunisierend und stabilisierten zusammen mit dem Erfolg der sozialen Marktwirtschaft die antikommunistische Grundstimmung in Westdeutschland. Bis zur Mauer ähnelten sich die Feindbilder hüben und drüben in ihrer Eindimensionalität und Schwarzweißzeichnung. Jede Seite definierte die andere als ein der Fremdherrschaft unterworfenen Unterdrückungssystem mit einer relativ kleinen Führungsschicht und einer großen Masse von Unterdrückten. Auf beiden Seiten wurden die eigenen Feindbilder benutzt, um innenpolitische Kritiker zu diskriminieren oder zu kriminalisieren. Auf beiden Seiten grassierte die Furcht vor Agenten, Spionen und Saboteuren. Tatsächliche, aufgebauschte oder auch erfundene Beispiele für Sabotageakte in der DDR, kommunistische Unterwanderung in der Bundesrepublik bewiesen die Gefährlichkeit des jeweils anderen. Dabei geriet die menschliche Sphäre, der gewöhnliche Alltag abseits der Politik aus dem Blick. Veränderungen wurden nicht mehr wahrgenommen, das Differenzierungsvermögen schwand. Im Bewußtsein der Bevölkerung bildeten sich zwei Stereotypen heraus. DDR – gleich Unfreiheit und Armut, Bundesrepublik – gleich Freiheit und Wohlstand. Dieses Grundmuster ist ungemein widerstandsfähig geblieben, weil es natürlich einen wahren Kern hatte, aber es hat nach der Wende zu vielen falschen Erwartungen und Enttäuschungen geführt. Es ist da eigentlich erst noch einmal richtig wieder aufgelebt, z. B. in dem Glauben auf beiden Seiten, die Bundesrepublik könne überhaupt alles regeln und in kürzester Zeit im Osten den westdeutschen Lebensstandard herstellen.

Die Berliner Mauer brachte kräftig zu Bewußtsein, daß die Politik des Kalten Krieges festgefahren war. Der Prozess des Umdenkens kam in Gang angesichts der Pattsituation der Großmächte. Ein Strategiewechsel war nötig, und das hieß Verzicht auf unerreichbar gewordene Ziele zugunsten eines auf gemeinsamen Regeln fußenden Nebeneinander. Die 60er Jahre wurden damit zur Inkubationszeit der Entspannungspolitik, die schließlich zum Netz der Ostverträge führte. In dieser Zeit kam im Westen den Medien besondere Bedeutung zu. Hier wurde die von Präsident Kennedy nach der Kubakrise formulierte Strategie des Friedens diskutiert und überlegt, wie diese neue Konzeption in eine aktive deutsche Ostpolitik umgesetzt werden konnte. Die Medien trugen damit wesentlich zu einem Stimmungswandel in der Öffentlichkeit bei, der schließlich die widerstrebende Politik in Bewegung brachte. Im Zuge dieser Prozesse änderte sich allmählich auch das westdeutsche Bild vom anderen deutschen Staat, was eine wesentliche Voraussetzung für eine neue Politik war.

In der Tat hatte sich in der DDR in der ersten Hälfte der 60er Jahre eine Menge getan. Den entscheidenden Strategiewechsel von der deutschen Einheit zur Zweistaatentheorie hatte die Sowjetunion schon 1955 mit der Souveränitätserklärung für die DDR und der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Bonn

vorbereitet. Für die DDR war damit das deutsche Provisorium beendet, sie wollte von nun an als mit der Bundesrepublik gleichberechtigter Staat anerkannt werden. Zunächst noch sah sie sich als innenpolitischen Gegner der Bundesrepublik, der im Bündnis mit der westdeutschen Arbeiterklasse eine Veränderung der Machtverhältnisse in Bonn anstrebte. Erst nach der Kubakrise wurde diese offensive Strategie weitgehend zurückgenommen. Die Bundesrepublik wurde vom innenpolitischen Feind zum außenpolitischen Gegner, dessen Politik bekämpft, dessen innere Ordnung aber nicht mehr aktiv in Frage gestellt wurde. Bonns deutschlandpolitische Forderungen und Prinzipien konnten nun als Einmischung in die innere Angelegenheit eines anderen Staates zurückgewiesen werden. Alleinvertretungsmaßnahme, Revanchismus, Friedensgefährdung waren jetzt die Schlagworte, mit denen die SED die Bundesrepublik definierte. Mit diesem Kurs auf Zementierung der Zweistaatlichkeit setzte sich die SED zwar in Widerspruch zur Mehrheit der Bevölkerung, aber die Mauer zog einen Schlußstrich unter die Hoffnung auf Wiedervereinigung auf absehbare Zeit. Die Menschen mußten sich notgedrungen arrangieren und in dem ungeliebten Staat einrichten. Aber sie wollten nun, nachdem also die Bundesrepublik als Störfaktor keine Rechtfertigung mehr für die Mangelwirtschaft war, auch Ergebnisse ihrer Leistungen sehen. Und viele Intellektuelle der neuen Elite verbanden mit der Mauer die Erwartung, daß nun endlich mit dem Aufbau der überlegenen, freiheitlichen und schöpferischen Gesellschaft begonnen werde, die die sozialistische Utopie versprach. In diesem Klima startete 1963 das Reformprogramm des Neuen Ökonomischen Systems (NÖS), das über den wirtschaftlichen Bereich hinaus die DDR-Gesellschaft modernisieren sollte. Die Ökonomen sollten sich am Weltniveau orientieren, gleich in welcher Himmelsrichtung es zu finden war. Das war im Kern die Absage an das sowjetische Wirtschaftsmodell, denn das Weltniveau war meistens Westniveau. Jeans und Beat waren plötzlich erlaubt, Schlager wie „Wovon träumst Du Isabell“ verrieten ein neues, sehr privates Lebensgefühl oder jedenfalls seine offizielle Akzeptanz. Die Medien prangerten Bevormundung und Gängelei der Jugend als Erziehung zur Heuchelei an, machten sich über Funktionäre mit bürokratischem Führungsstil lustig. Auch die Westmedien konnten nun Reisekorrespondenten in die DDR schicken. Die ersten waren die vier „Zeit“-Redakteure, darüber wurde ja hier schon gesprochen. Eine Annäherung besonderer Art ereignete sich im Fernsehen. Ulbricht erlaubte einem amerikanischen Fernsehjournalisten, ihn auf seinem traditionellen Rundgang auf der Rostocker Ostseewoche mit einer damals brandneuen Handkamera zu begleiten, die auch aus größerer Entfernung Originaltöne aufnehmen konnte. Mit dem amerikanischen Journalisten bestand eine geheime Abmachung über einen Fernsehfilm für den WDR, weil westdeutsche Anstalten in der DDR keine Drehgenehmigung erhielten. Beim Besuch des berühmten Rostocker Fischkochs sagte Ulbricht laut und deutlich in die Kamera, man solle dem Amerikaner vom WDR auch einen Fisch reichen. Er wußte über den Zweck dieser Drehreise also Bescheid und billigte sie.

Die Reisekorrespondenten fanden eine andere Landschaft vor als in den 50er Jahren. Die Menschen waren freier, selbstbewußter, normaler. Familie, Heim und Garten waren wichtig, die nächste Urlaubsreise. Sie waren stolz auf ihre wirtschaftlichen Leistungen, die unter so viel schwereren Bedingungen erbracht wurden als im Westen, sie waren stolz auf ihre Sportmannschaften, insbesondere auf die olympischen Erfolge der DDR. Über den Sport lief wahrscheinlich zuerst eine gewisse Identifikation mit dem Staat. Die staatlichen Sozialleistungen wurden, obwohl sie als selbstverständlich empfunden wurden, durchaus auch als Errungenschaften genommen. Insbesondere die obligate kostenlose Vorsorge im Gesundheitswesen wurde geschätzt, das wird sie übrigens heute noch. Die westlichen Bezeichnungen Zone oder Sowjetzone wurden immer weniger akzeptiert, immer mehr Menschen fühlten sich dadurch in ihrem Stolz verletzt. Von den westdeutschen Massenmedien wurde dieser Wandel erstaunt wahrgenommen. Die manchmal etwas naive Begeisterung für bestimmte Erscheinungen in der DDR zeigte vor allem, daß vorher große Unkenntnis geherrscht hatte. Man bemühte sich nun, einen anderen Ton zu finden, traditionelle Sendereihen, die hießen „Wir sprechen zur Zone“ oder „Diesseits und jenseits der Zonengrenze“, wurden in „Ost und West“ oder ähnlich umbenannt. Diese Zeit ging sehr abrupt zu Ende, als Chruschtschow stürzte, der das von der Sowjetunion aus gebilligt hatte. Das war sicherlich in seinem Interesse, denn das Ganze spielte im Vorfeld seines geplanten Bonn-Besuches, der dann nicht mehr stattfand. Aber das Klima hatte sich trotzdem gewandelt.

Die differenzierte Wahrnehmung der DDR hat im Westen ein gut Teil zur hohen Akzeptanz der sozialliberalen Koalition und der Ostpolitik beigetragen. Gleichzeitig verfestigte sich aber das Denken in Status-Quo-Kategorien. Wenn in der DDR das Leben allmählich leichter und besser wurde und andererseits keine Aussicht auf eine friedliche Veränderung der Machtverhältnisse im Osten bestand, dann brauchte man nicht mehr zu permanenten Anstrengungen zur Wiedervereinigung verpflichtet zu sein, sondern man konnte sich um die Sicherung und Vermehrung des in harter Arbeit erreichten Wohlstandes kümmern. In den DDR-Medien wurde diese Grundstimmung lange Zeit nicht wahrgenommen, sie schlugen weiter Abwehrschlachten gegen den westdeutschen Revanchismus und übersahen zunächst sogar, daß Kohl seine Amtszeit mit einer indirekten Absage an die Wiederherstellung des deutschen Nationalstaates einleitete. Als Folge der Vermittlung eines Milliardenkredites durch Strauss an die DDR nahmen die innerdeutschen Beziehungen dann aber bald einen ungeahnten Aufschwung. Die DDR bezahlte Wirtschaftshilfe mit politischen Konzessionen, insbesondere auf dem Gebiet des Reiseverkehrs. Heute wissen wir aus den Archiven, daß die Erfolgsgeschichte der deutsch-deutschen Beziehungen in den 80er Jahren schon im Zeichen des Verfalls stand. Der Wegfall der äußeren Existenzbedrohung setzte im Innern der DDR seit Jahrzehnten angestaute gesellschaftliche Widersprüche frei, an denen die DDR im Herbst 1989 zugrunde ging. Im Westen hatte man die Reformfähigkeit der DDR-Führung ebenso überschätzt wie die Anpassungsbereitschaft der Bevöl-

kerung, und das, obwohl die Informationsmöglichkeit des Westens in der DDR so gut war wie nie zuvor seit der Mauer. Kaum jemand konnte sich vorstellen, daß die Sowjetunion die DDR kampfflos hergeben könnte.

Ich wollte noch etwas sagen zu den Westmedien, zu den westlichen Korrespondenten in der DDR, aber ich denke, das können wir vielleicht auch in der Diskussion nachtragen. Ich muß Schluß machen.

Gesprächsleiter Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke: Vielen Dank Frau Spittmann, ich muß leider immer ein bißchen, ich bitte dafür um Verständnis, auf die Uhr schauen, die Zeit läuft uns davon. Ihr Referat zeichnete sich vor allem dadurch aus, daß Sie die Entwicklung des Medienbildes in beiden deutschen Staaten immer in den Kontext der politischen Entwicklung gestellt haben, was notwendigerweise Auswirkungen auf die jeweils wechselseitigen Wahrnehmungsmuster haben sollte. Ich denke, daß wir in der Diskussion darauf zurückkommen. Jetzt darf ich zunächst Herrn Dr. Busse bitten zu seinem Statement.

Dr. Peter Busse: "Erkenntnisse des MfS zur Westwahrnehmung in der Bevölkerung der DDR". Dieses Thema muß bei mir Stückwerk bleiben, ich bin erst vor drei Wochen aufgefordert worden, hier vorzutragen, aber ich will es trotzdem versuchen. Drei Punkte will ich behandeln: Erstens, Aufgaben des MfS zur Kanalisierung der Westwahrnehmung in der Bevölkerung; zweitens, Aussagekraft der Stimmungsberichte; und drittens, Feststellungen des MfS in Stimmungsberichten und anderen Mitteilungen.

Zu 1:

Die Westwahrnehmung berührte sicher ein politisches Schlüsselproblem des SED-Staates. Mit der Staatsgründung mußte die SED die gesamtdeutsche Orientierung der Bevölkerung abschwächen und dem kleineren deutschen Teilstaat eine eigene historisch-politische Legitimität verleihen. Die Legitimität der DDR sollten der Antifaschismusanspruch und der Aufbau des Sozialismus auf deutschem Boden ermöglichen. Doch schon der 17. Juni 1953 zeigte, daß die DDR die eigene Bevölkerung nicht hinreichend an sich binden konnte. Seit den 50er Jahren wurde der westdeutsche Staat neben seiner freiheitlichen Verfaßtheit insbesondere auch wegen seines wirtschaftlichen Aufstiegs für die Ostdeutschen attraktiv und immer attraktiver. Auch nach dem Mauerbau behielt der Westen seine Anziehungskraft. Nun waren es zunächst die Medien, Rundfunk, Fernsehen, die Besucher aus der Bundesrepublik und die Geschenkpakete, die eine sinnliche Wahrnehmung des Westens ermöglichten. Es begann ein Kampf gegen die „Feindsender“, das wurde schon vorgetragen. Mit dem Beginn der Entspannungspolitik wollte die SED eine Verstärkung ihrer Abgrenzungspolitik, die Wahrnehmung des Westens durch die DDR-Bevölkerung in die Muster ihrer Klassenkampfdologie umlenken. Aber der Strom der westdeutschen Besucher, die ostdeutschen Reisenden in dringenden Familienangelegenheiten und vor allem die Rentner mit ihren Berichten aus der Bun-

desrepublik ermöglichten eine innerdeutsche Kommunikation, die sich nicht in die ideologischen Vorgaben einfügte. Allein die kontinuierlich ansteigende Ausreisewelle bis 1989 beweist, daß es der SED-Propaganda nie gelungen war, die Westwahrnehmung der gesamten Bevölkerung zu manipulieren.

Dieser für die SED unbefriedigende Zustand verlangte den umfassenden Einsatz des MfS. Dem konspirativen Organ kamen mehrere Aufgaben zu:

1. Das MfS sollte die Stimmungslage erforschen und darüber die Entscheidungsträger informieren.
2. Die Ost-West-Kommunikation sollte möglichst kontrolliert werden.
3. Der Informationsfluß aus dem Westen sollte behindert und nach Möglichkeit auch gesteuert werden.
4. Der Westwahrnehmung sollte durch gezielte Propaganda und durch Desinformationskampagnen entgegengewirkt werden.
5. Das MfS sollte Bekundungen des Einheitswillens und Proteste gegen die Mauer verfolgen.
6. Mit Hilfe der MfS-Agenten sollte Einfluß auf die westdeutsche Politik genommen werden, um die DDR im Innern zu stabilisieren.

In diesem Zusammenhang interessiert vor allem die konspirative „Meinungsforschung“ des MfS. Meine Behörde verfügt in ihren Archivbeständen, Sie wissen das, über umfangreiches Material über diese Funktion des MfS. Die Stimmungslage der Bevölkerung wurde systematisch vom MfS beobachtet und registriert. In der Regel wurden dazu die IM-Berichte ausgewertet, aber auch die Telefon- und Postkontrollen lieferten in den 50er Jahren und später ausgiebig Material für die Stimmungsberichte. Die so gewonnenen Informationen wurden, abgesehen von weiteren Zwischenbearbeitungen, durch die Auswertungs- und Kontrollgruppen, die AKG's, verdichtet und wiederum aufbereitet über die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe, die ZAIG in Berlin, an Partei- und Staatsfunktionäre gegeben.

2. Zur Aussagekraft dieser Stimmungsberichte

Mit dem Verarbeitungssystem der Informationen war eine reduktionistische Redaktion verbunden. Diese Berichte waren sprachlich weitgehend ritualisiert. Es ging bei dieser Berichtstechnik um die Anpassung der Wirklichkeit an die Ideologie. Den meisten MfS-Offizieren war es unvorstellbar, daß ein Mensch von selbst auf Kritik an der DDR verfallen, es keine Kritik geben konnte, die nicht als Kritik von außen hineingetragen wurde. Fast immer wurde in diesen Stimmungsberichten einleitend von den Berichterstattern versichert, daß grundsätzlich in der DDR alles in Ordnung sei. Oft wurde die generelle Zustimmung der Bevölkerung zur Politik der SED-Führung betont. So hieß es beispielsweise: „Insgesamt überwiegen in allen Bezirken und Bevölkerungs-

gruppen die positiven zustimmenden Meinungsäußerungen.“ Die ungünstigen Nachrichten wurden anschließend schön verpackt geliefert. Sie waren dann aber auch sehr deutlich und weitestgehend ungeschminkt. So boten die Berichte ein Zustimmungsgefälle, in dem drei Gruppen besonders auffallen. Diese Gruppen wurden nicht näher quantifiziert, wohl aber lassen sich Rückschlüsse darauf ziehen, daß die angezeigte Akklamation stark eingeschränkt war.

Die in diesen Berichten häufig zuerst genannte zustimmende Gruppe bestand aus den progressiven Kräften, den Funktionären, SED-Mitgliedern und anderen loyalen Gruppen. Deren Haltungen sollten offensichtlich vermitteln, daß die Kernbereiche der Gefolgschaft unbeschadet waren. Ein Teil von ihnen hatte sicher auch das Feindbild „Westen“ tief verinnerlicht. Trotzdem wurden bisweilen auch kritische Äußerungen und Zweifel innerhalb dieser Gruppe übermittelt. Der Hauptteil der zur Politik der SED kritischen und ablehnenden Meinungsäußerungen wurde einer nur unzureichend abgrenzbaren Gruppe zugeschrieben. Dieser Bevölkerungsteil muß aber doch wohl relativ groß gewesen sein, da in die Texte trotz aller Beschönigungen und Abschwächungen oft generalisierende Bemerkungen eingeflossen sind. Dazu gehörten Angaben wie: „in der Regel angezweifelt“, „in breiten Kreisen der Bevölkerung“, „in allen Schichten der Bevölkerung“ oder „mehrheitlich“. Haltungen und Meinungen dieses Bevölkerungsanteiles können als nahezu repräsentativ für eine Mehrheit der Ostdeutschen gelten. Als dritte Gruppe wurden oft besonders „feindlich-negative“ Personen oder Gruppen erwähnt, die dem MfS als Dauerkritiker, offene Gegner, Ausreiseartragsteller oder Oppositionelle bekannt waren. Obwohl sie als Minderheit und Einzelgänger gekennzeichnet wurden, fanden sie besondere Aufmerksamkeit. Häufig wurden sie auch in den verdichteten Informationen wörtlich zitiert. In den Lage- und Stimmungsberichten scheinen trotz vieler Verzerrungen die tatsächlichen Meinungsbilder im Lande doch durch.

Anlaß für das Erarbeiten von solchen Stimmungsberichten waren u. a. besondere politische Ereignisse, Besuche von westdeutschen Politikern, Entscheidungen der Regierung, z. B. Einführung der Forumschecks, gesetzliche Neuregelungen, neue Verordnungen, insbesondere im Reiseverkehr, besondere Krisen, die Versorgungsmängel sowie internationale Entwicklungen.

Manchmal hinterlassen die MfS-Berichte den Eindruck, daß die Verfasser im MfS der Parteiführung Botschaften über Mißstände übermitteln wollten, die nach ihrer Meinung dringend abgestellt werden mußten. Da sie offenbar selbst häufig in ideologische Schwierigkeiten kamen, betonten sie möglicherweise bestimmte „Widersprüche“ der DDR-Wirklichkeit.

Die Stimmungsberichte sind nicht nach den Kriterien wissenschaftlich empirischer Untersuchungen angefertigt worden. Trotzdem können sie wohl eingeschränkt als repräsentativ angesehen werden. Da sie der möglichst realistischen Information der Entscheidungsträger dienten, sollten sie hinreichend die Lage widerspiegeln. In die Texte wurden grundsätzliche Erörterungen und

Einschätzungen, wörtliche oder möglichst inhaltsgetreue Einzeläußerungen und sogenannte „Gerüchte“ mit aufgenommen. In das Material flossen gelegentlich statistische Angaben ein, die einen hohen Aussagewert haben. Diese Angaben wurden der Öffentlichkeit natürlich sonst vorenthalten, z. B. Art und Menge der Geschenksendungen. Es bestanden Statistiken, die in den Stimmungsberichten mitgegeben wurden. Bisher gibt es keine umfassende wissenschaftliche Aufbereitung dieses Materials und damit des hier gestellten Themas. Wohl aber lassen sich Grundzüge und Konturen erkennen. Hier müssen Stichproben zu ausgewählten, allgemeinen und politischen Konstellationen genügen.

Ich will Ihnen einige Feststellungen in den Stimmungsberichten vortragen. Haltung der Bevölkerung zur Einheitsfrage als erstes: Nach dem Mauerbau 1961 gab es in der DDR zahlreiche Bekundungen des Einheitswillens. Sicher waren die immer wieder vorkommenden Proteste gegen die Mauer sehr riskante Einzelfallerscheinungen. Zum 25. Jahrestag des Mauerbaus 1986 registrierte das MfS 26 solcher Tatbestände. Es wurden Losungen angeschrieben wie: „Wir wollen frei sein. Nieder mit der Mauer!“, „Wehrt Euch Deutsche! Scheiß Mauer, wir wollen frei sein wie 48.“, „25 Jahre 13.8. – Mauer Verrat“. Diese Unternehmungen spiegelten Haltungen, die wohl viele andere Menschen seinerzeit teilten. Vor allem aber drückten sich die Wünsche nach einer Vereinigung, einer engen Verbindung oder wenigstens nach einer weitgehenden Freizügigkeit in Deutschland in vielen abgeleiteten Forderungen und Erwartungen aus. Das MfS war zu jeder Zeit über diese Sachlage informiert und hat seinerseits der SED-Führung Bericht erstattet.

Vertrauen in die westdeutsche Politik: Nachdem an eine Wiedervereinigung in absehbaren Zeiträumen nicht mehr zu denken war, hat die Bevölkerung die Entspannungspolitik Anfang der siebziger Jahre nahezu euphorisch begrüßt und größte Erwartungen an zwischendeutsche Vereinbarungen geknüpft. Im Zentrum standen damals Hoffnungen auf bessere Reisemöglichkeiten und Erleichterungen für die Übersiedlung. Anlässlich des Treffens Stoph-Brandt in Erfurt im Jahre 1970 heißt es in dem MfS-Stimmungsbericht: „Im breiteren Umfang und mit ansteigender Tendenz werden aus allen Bezirken und Bevölkerungsschichten Spekulationen und illusionäre Vorstellungen über den Verlauf und die Ergebnisse des Erfurter Treffens bekannt. Derartige Auffassungen werden insbesondere in Kreisen von Handwerkern und selbständigen Gewerbetreibenden, unter Rentnern, unter Bewohnern des Grenzgebietes, unter Jugendlichen, unter der Bevölkerung Berlins und der umliegenden Bezirke sowie von Personen mit aktiver Westverbindung vertreten. Häufig in Anlehnung an westliche Nachrichten wird verbreitet, Brandt würde sogenannte menschliche Erleichterungen und Fragen der Familienzusammenführung als grundsätzliche Probleme behandeln und auf dem Erfurter Treffen anstreben, darüber entsprechende Vereinbarungen zu treffen.“

Die Ostdeutschen glaubten, daß nur die bundesrepublikanischen Politiker ihre Interessen an der deutschen Frage wahrnahmen. Der DDR-Regierung beschei-

nigten sie überdies deren Abhängigkeit von Moskau. Nach dem Treffen Brandt/Stoph stellte das MfS fest: „Folgende Tendenzen sind vorherrschend: Anlehnung und Begrüßung der Bonner Ostpolitik hinsichtlich der Politik der kleinen Schritte. Zustimmung zur Verhandlungskonzeption der Bonner Regierung und Forderung, die DDR solle Kompromisse eingehen und menschliche Erleichterungen sowie humanitäre Maßnahmen befürworten. Die DDR solle die 'starre Haltung' aufgeben. Die Bundesregierung hätte bei den Verhandlungen über die Postschulden auch Entgegenkommen gezeigt. Über die 'Mauer' hinweg lasse sich schlecht verhandeln, 'geheime' Wahlen wären günstiger, um 'die Situation zu klären'... Aus weiteren Einzeldiskussionen ist ersichtlich, daß versucht wird, die Brandt-Regierung aufzuwerten.“ Auch das noch. Anfang der 80er Jahre waren zwar die ersten großen Hoffnungen auf Erfolge der zwischen-deutschen Politik sehr abgeschwächt. Aber nach wie vor wurde auf Verhandlungen gesetzt und in Moskau der Grund für die Stagnation gesehen. Als 1984 Honecker aus Moskau über einen scharfen Artikel in der Prawda energisch gemahnt wurde, nicht in die Bundesrepublik zu reisen, äußerten sich viele Bürger kritisch zu dieser sowjetischen Politik, die zeige, „daß die DDR nicht selbständig handeln könne“. Die Menschen erwarteten „Senkung des Reisealters, weitere Erleichterungen im Reiseverkehr“. Als 1987 SED und SPD das Papier „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ veröffentlichten, kam es in oppositionellen Kreisen zu heftiger Kritik an dem Papier, weil die SPD nach ihrer Meinung zu stark auf die SED zugegangen sei. Aber in der Bevölkerung wurden wieder neue Erwartungen geäußert. Im entsprechenden MfS-Bericht heißt es: „In Einzelfällen wird die Meinung vertreten, man müsse sich auf eine völlig neue Denkweise einstellen. Die DDR werde nicht umhinkommen, noch mehr Informationsreisen in die BRD zu gestatten, damit sich 'auch der einfache DDR-Bürger' ein objektives Bild vom Leben in der BRD machen könne. Auch werde sich auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens eine 'weitere Öffnung' erforderlich machen“.

Zum Stellenwert westdeutscher Politiker: Westdeutsche Politiker hatten nach den MfS-Erkenntnissen ein hohes Ansehen bei den Ostdeutschen. Ihre politische Rolle, ihre Besuche in der DDR und ihre Äußerungen wurden allenthalben aufmerksam verfolgt und diskutiert. Der wohl beliebteste Politiker war lange Zeit Willy Brandt, weil sich in seiner Regierungszeit wesentliche Veränderungen und Verbesserungen im Reiseverkehr ergaben. Über die Reaktionen auf seinen Rücktritt im Zusammenhang mit den Aktivitäten des MfS wurde berichtet: „Allgemein wurden die ersten Reaktionen der Bevölkerung der DDR dadurch charakterisiert, daß die Vorgänge in der BRD Verwunderung, Überraschung, zum Teil auch eine gewisse Bestürzung über den Rücktritt Brandts auslösten. In größeren Kreisen der Bevölkerung wurde teilweise offen, mitunter jedoch auch nur im internen Kreis, das Bedauern über diese Entwicklung in der BRD, vornehmlich das Abtreten der Person Brandt vom Posten des Bundeskanzlers, ausgedrückt“. Die DDR-Bürger waren durch die Medien über die westdeutsche Politik im allgemeinen gut informiert und verfolgten auch die parteipolitischen Vorgänge mit Interesse. Als der bayerische Ministerpräsident

Strauß, der in der DDR-Propaganda jahrelang als schlimmster Feind behandelt wurde, Kontakte zu Honecker aufnahm, richteten sich auch auf ihn Hoffnungen für Verbesserungen. Wohl gab es einige ideologische Verwirrungen, die sich in einem MfS-Bericht wie folgt niederschlugen: „Relativ häufig besteht Unverständnis darüber, daß seitens der DDR einem solchen Mann, der seit langem als Feind der DDR bekannt und dessen Wirken jetzt noch gegen die DDR gerichtet ist, die Einreise gestattet wird und er bereits zum zweiten Mal innerhalb kürzester Zeit mit Genossen Honecker sprechen durfte; das bedeute eine politische Aufwertung von Strauß und es bestehe die Gefahr, daß unsere Politik nun nicht mehr so recht glaubwürdig wirke. Es wird unterstellt, daß Strauß noch nicht die Bedeutung habe, daß er immer mit Genossen Honecker verhandeln müsse. Damit werte die DDR diesen Erzfeind der DDR nur auf.“ Das zu dem Vertrauen und den Hoffnungen in Bezug auf bundesrepublikanische Politiker.

Die Medien der Bundesrepublik wurden soweit möglich, einiges ist eben gesagt worden, genau beobachtet. Die DDR-Bürger haben nicht nur über Jahrzehnte westdeutsches Fernsehen und Radio aufgenommen, sondern haben auch die unterschiedliche Sprache wahrgenommen. Sie konnten zwischen östlicher Propaganda auf der einen Seite und westlicher Meinungsvielfalt durchaus unterscheiden. Als Honecker 1984 der „Saarbrücker Zeitung“ ein Interview gab, waren selbst zuverlässige Kader höchst irritiert, da sich der SED-Chef nicht an die DDR-Sprachregelungen hielt und selbst familiäre Westbindungen unterhielt. Über Äußerungen von Volkspolizisten und Mitarbeitern des Staatsapparates berichtete das MfS wie folgt: „Wie kam das Interview zustande? Welche Beziehungen bestehen zwischen Genossen Honecker und Erich Voltmer – das war der Chefredakteur der Saarbrücker Zeitung – Was will die BRD-Seite mit der Veröffentlichung des Interviews erreichen? Ist es nicht so zu verstehen, daß die im Interview aufgeworfenen Probleme in erster Linie als eine Antwort auf aktuelle innenpolitischen Fragen für die DDR-Bevölkerung zu werten sind? Warum dann der 'Umweg' über eine BRD-Zeitung? Warum gebrauchte Genosse Honecker im Interview häufig westliche Termini ('Schießbefehl', 'Ostverträge'); diese sind bei uns nicht üblich; und warum machen wir in einer BRD-Zeitung solche 'Zugeständnisse' in den Formulierungen?“ Das aus dem Stimmungsbericht.

Ich will noch etwas sagen zum Vergleich des Lebensstandards. Wichtig waren natürlich die Wirtschaftskraft und die D-Mark. Trotz aller gegenteiligen Behauptungen der SED wußte die DDR-Bevölkerung immer, daß die wirtschaftliche Kraft der Bundesrepublik der sozialistischen Ökonomie weit überlegen war. Als die westlichen Währungen als Zahlungsmittel in den Intershops verwendet werden konnten, wurde dies auch von denen wahrgenommen, die sonst kaum Kontakte in die Bundesrepublik hatten. Die Bevölkerung reagierte darauf mit unzähligen Witzen, wie etwa: „In der DDR ist es wie im Westen, für Westgeld bekommt man alles.“ In einem Stimmungsbericht steht dann unter anderem, der Staat müsse ihnen, gemeint sind die Bürger, die keinen Zugang zur D-Mark hatten, die keine Westverwandten hatten, die ihnen die D-Mark

zukommen ließen, wenigstens einen finanziellen Ausgleich in freikonvertierbarer Währung zahlen.

Zusammenfassend: Bei aller Vorläufigkeit läßt sich aus den Materialien des MfS ablesen, daß dieses Organ zu jeder Zeit über die tatsächliche Fixierung der DDR-Bürger auf die Bundesrepublik durchaus informiert war. Es wußte, daß alle Propaganda und alle abgrenzenden Maßnahmen kaum Wirkungen erzielten. Es wußte, daß es eine innere Spaltung Deutschlands nicht gab, und es spricht für die völlige Ignoranz der SED-Politik, daß sie trotz des Wissens um die gesamtdeutsche Orientierung kein Politikkonzept entwickelt hat, das auf diese Interessen Rücksicht nahm. Die Ostdeutschen konnten zwar nicht mit einer schnellen Wiedervereinigung rechnen, hofften aber doch jederzeit auf die westdeutsche Politik. Diese sollte Reisemöglichkeiten und andere Verbesserungen schaffen. Die Ostdeutschen haben wohl zu großen Teilen die politische Verfaßtheit der Bundesrepublik akzeptiert. Sie waren von der wirtschaftlichen Kraft, dem Lebensstandard beeindruckt. Viele Bereiche fanden sie faszinierend, Technik, Lebensweise, Unterhaltungskultur und so weiter. Aus den MfS-Berichten geht hervor, daß es neben dem Wunsch nach Freizügigkeit vor allem ein materielles Interesse der Ostdeutschen am „Westen“ gab. In welchem Maße die Westwahrnehmung durch ihre teilweise mediale Vermittlung bestimmte überzeichnete Idealbilder geschaffen hat, läßt sich aus den MfS-Akten nicht unmittelbar erschließen. Dies ist aber schon deswegen anzunehmen, weil manche Enttäuschung in Ostdeutschland nach der Wende sich doch mit einer gewissen Illusionierung des „Westens“ zu DDR-Zeiten erklären ließe. Auch die lange Trennung und die unterschiedlichen Lebenssituationen haben sich auf mentale Prägungen ausgewirkt. Einiger Unmut, der heute in Ostdeutschland über die Vereinigung geäußert wird, geht wohl vorwiegend auf diese mentalen Differenzen zurück. Das verbreitete Gefühl unter Ostdeutschen, im Vergleich mit den Westdeutschen benachteiligt zu sein, gab es schon in der DDR. In einer Bevölkerung, die sich nicht auf Rechte verlassen konnte, sondern in einem System von leistungsunabhängigen Privilegienzuteilungen lebte, mußten Zweifel am eigenen Selbstwert aufkommen. Das MfS meldete schon 1978, daß sich die DDR-Bürger als „Menschen zweiter Klasse“ fühlten. Dankeschön.

Gesprächsleiter Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke: Vielen Dank Herr Busse für Ihre Ausführungen, die sich nicht zuletzt dadurch als besonders wertvoll erweisen, daß Sie Originalzitate aus den Stimmungsberichten aus der DDR hier eingeflochten haben. Stimmungsberichte, die meines Erachtens, mit Ausnahme der Stimmungsberichte des Jahres 1989, bis heute noch nicht veröffentlicht worden sind. Dafür bin ich Ihnen besonders dankbar. Ich darf nun die Diskussion, die Runde der Meinungsäußerungen und Fragen, durch die Abgeordneten und Sachverständigen der Enquete-Kommission eröffnen. Mir liegt eine Rednerliste vor, die voraussichtlich zwei Runden umfassen wird. Ich habe zunächst das Wort zu erteilen dem Vorsitzenden der Kommission, Herrn Abgeordneten Eppelmann, dann folgen der Abgeordnete Vergin, der Sachverständige Kowalczuk, Sachverständiger Jacobsen und der Abgeordnete Elm. Sind noch Wortmeldungen da? Also Herr Maser in der zweiten Runde, ferner Herr